

Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumsparlei

Ämtlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingen, Biedern und Berth

48. Jahrgang

Montag, 28. April 1919

Nummer 104

Vom Rat der Vier zum Rat der Drei.

Von allen den vielen Räten, mit denen Deutschland und die Welt in dem stürmischen April des eben angebrochenen Völkerruhes beglückt wurden, war der Rat der Vier der jüngste und der wichtigste. Er besteht aus den Hauptvertretern der vier feindlichen Großmächte: Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando und ist eigentlich zur Beschleunigung des Friedensvertrages entworfen eingerichtet worden, da in den Kommissionen die Arbeit nicht vorwärts gehen wollte. Der Vertrag ist so ziemlich fertig, die deutschen Vertreter sind eingeladen, da, im letzten Augenblick, macht Italien Schwierigkeiten, getreulich unterstützt von Japan. Japan wegen der Schantunghalbinsel, die es nach einem Geheimvertrag, von der Wilson nichts wusste, für sich beanspruchte, Italien wegen Triume. Italien stellt sich sehr rabiat und wütend, weil Wilson ihm den wichtigen Hafen nicht lassen, sondern den Südpazifik geben will und droht mit Krieg. Anschließt an Deutschland (!) usw. und sein Vertreter Orlando ist einwilligen nach Rom zurückgekehrt, so daß aus dem Rat der Vier ein Rat der Drei geworden ist. Japan will ebenfalls seine Vertreter von der Konferenz zurückziehen, und so kann es unseren Unterhändlern passieren, daß Japan und Italien in Versailles gar nicht mehr vorhanden sind, wenn sie unterzeichnen sollen. Der mexikanische Gesandte ist auch aus Paris abberufen worden und wartet in Spanien auf Verhaltungsmaßregeln. Wilson in Wien — so kann man die ganze Komödie in Versailles betiteln. Sie liegen sich in den Sälen, der richtige Auktat zum Völkerruh!

Vom Waffenstillstand und Frieden.

Beim Tage.

* Rotterdam, 26. April. Der „Nieuwe Kott. Cour.“ meldet aus Paris, daß den Deutschen eine Frist von zehn Tagen zur Unterzeichnung der Präliminarruhebedingungen zugestanden werden wird.

Ruhe und Lebensmittel.

Berlin, 26. April. Nach der „Vol. Ztg.“ sind in Hamburg gestern 4 deutsche Dampfer aus Skandinavien mit Papier und Papiermehl eingetroffen. Ferner kommen aus Skandinavien besondere Fischabgaben. Es sind bereits von Hamburg Dampfer nach Delft in Holland abgegangen, für die als Seimtracht Kartoffeln bereit gestellt sind.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird aus dem Haag gemeldet, daß die finanziellen Verhandlungen Deutschlands mit den Neutralen bisher zu keinerlei Ergebnis geführt haben. Die niederländischen Finanzleute sehen in einer Kreditanleihe von etwa 1 000 000 000 Mark, die Mark zu 60 Pfennigen gerechnet, den einzigen Weg aus den Schwierigkeiten herauszukommen, die die Folgen des Kapital- und Kreditmangels in Deutschland sind.

Streik und Bolschewismus.

Die sinkende Streikziffer.

* Essen, 26. April. In der heutigen Frühlicht sind 36 045 Bergarbeiter nicht zur Anfahrts erschienen, gegen 44 658 in der gestrigen Morgenlicht. Es fehlen 16,60 Proz. der Gesamtbelegschaft der Frühlicht gegen 20,58 Proz. gestern. In der gestrigen Morgen-, Mittag und Nachmittagslicht waren insgesamt 87 154 Bergarbeiter ausständig gegen 128 776 vorgestern.

Schwere Ausschreitungen in Duer.

* Duer, 26. April. Hier kam es gestern nachmittags zu schweren Ausschreitungen und Unruhen. Aufwühlende Menschenmassen kletterten die Raufhäuser, Kleidermagazine und Zigarrengeheise, zerlegten die Schaufensterheiden und plünderten die Vorräte. In den Straßenbahnen wurden die Fensterheiden zertrümmert. Zwischen der Menge und den eingreifenden Polizisten entwickelten sich Kämpfe, bei denen es Verwundete gab. Gestern abend trafen Regie-

truppenteile aus Gladbeck ein, die die Ruhe wieder herstellten. Einzelne Räubersführer wurden verhaftet.

Die Angestelltenbewegung auf der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ Hamborn.

Hamborn, 26. April. Bei den gegenwärtigen schwierigen Verhältnissen in der rheinisch-westfälischen Industrie hat die Gewerkschaft Deutscher Kaiser 125 Angestellten des Wertes die Kündigung zugestimmt. Dies hat in der Angestelltenbewegung lebhafteste Bestimmung und Widerspruch hervorgerufen. Die Bemühungen des Angestelltenausschusses, die Kündigung rückgängig zu machen, sind erfolglos geblieben. Vor allen Dingen wurde von der Angestelltenchaft erklärt, daß gerade Angestellte mit kleinen Gehältern von der Kündigung betroffen worden seien. Nachdem die Werksleitung erklärt hat, die Kündigungen nicht zurücknehmen zu können, veranstaltete die Angestelltenchaft eine stark besuchte Massenversammlung, an der die Vertreter der Angestelltenausschüsse der Thyssen-Konzern-Werke, die Vertreter der Arbeiterausschüsse, das Mitglied der Preussischen Landesversammlung, Abgeordneter Dr. Jordan, die Organisationsleiter und andere Interessenten aus Hamborn und den umliegenden Städten und Gemeinden teilnahmen. Von den einzelnen Rednern wurde die Haltung der Werksleitung scharf kritisiert. Abgeordneter Dr. Jordan betonte, daß es sich hier um eine Frage der Angestelltenchaft handle, die eine öffentliche Angelegenheit sei. Er sei überzeugt, daß das Reich den Fall nicht als eine reine persönliche Angelegenheit übergehen könne. Das Reich müsse hier mitsprechen. Er wolle im Namen der Angestelltenchaft deren Wünsche bei den preussischen Ministern vertreten und in Berlin oder Weimar bei den betreffenden Reichsbehörden mit einer Kommission oder allein vorstellig werden. Er glaube, es als Vertreter Hamborns und seiner Wählerchaft sichern zu können, welche Erregung unter der Beamtenschaft hervorgerufen sei, welche außerordentlichen Gefahren hier beständen an einem Orte, der ohnehin schon voll von Unruhen und Gefahren sei. Die Reichsregierung müsse alles aufbieten, um hier zu beruhigen. Nachdem noch eine Anzahl sich zustimmend zu den Ausführungen des Abg. Dr. Jordan geäußert hatten, nahm die Versammlung einstimmig nachstehende Entschließung an:

Die von etwa 1200 Angestellten der Gewerkschaft Deutscher Kaiser beschlossene Massenversammlung nimmt mit Entschiedenheit von der erfolglosen Massenversammlung Kenntnis. Sie betrachtet es als unzulässig, daß der Angestelltenausschuss nicht gehört wurde und mitbestimmend eingreifen durfte. Die Versammlung ist der Auffassung, daß derartige Massenversammlungen nicht notwendig sind, insbesondere da noch zahlreiche weibliche Angestellte, bezw. wirtschaftlich gut gestellte Personen beschäftigt werden. Die Versammlung verlangt, daß die Direktion die Kündigungen zurücknimmt und die nicht zu vermeidenden Entlassungen nur im Einvernehmen mit dem A. A. regelt. Die Angestellten erwarten von der Regierung, daß das in Arbeit befindliche Gesetz über das Mitbestimmungsrecht der Angestellten bei Entlassungen und Einstellungen mit größter Beschleunigung fertiggestellt wird. Die Versammlung beauftragt den Ausschuss, im Sinne der Grundzüge des geplanten Gesetzes zu wirken. Dem A. A. wird das volle Vertrauen ausgesprochen. In einer zweiten Entschließung, die ebenfalls einstimmig angenommen wurde, heißt es: Die von 1200 Angestellten beschlossene Massenversammlung der Gewerkschaft Deutscher Kaiser bittet den Abg. Dr. Jordan, im Sinne seiner Ausführungen schnellstens bei der Reichsregierung und der Landesregierung vorstellig zu werden, auch betreffs der Kündigungen in dem Bergbau. Zum Schluß lehnte es der Ang. Ausschuss im Auftrage der Angestelltenchaft ab, mit der von der Direktion eingehenden Kommission zu verhandeln.

„Die Gefahr des Bolschewismus militärisch überwunden.“

Eine Unterredung mit Roste.

Berlin, 26. April. Reichswehrminister Roste gewährte einem Mitgliede der Redaktion der „Deutschen Allg. Ztg.“ eine Unterredung. Der

Minister bezeichnete das Gerücht von einer royalistischen oder monarchistischen Gegenrevolution, das Barm auf neue dem Ausland aufzutischen sich nicht gehend habe, als Unsinn und lächerlich. Daß es in Deutschland noch Monarchisten gebe, natürlich auch unter den Offizieren, sei eine Binsenwahrheit. Auch er habe in seiner Amtstätigkeit Gelegenheit gehabt, das Offizierskorps, das ihm volles Vertrauen entgegen bringe, kennen zu lernen und er könne sagen, daß die Mehrheit der Offiziere sich vollkommen loyal der republikanischen Regierung zur Verfügung stelle. Es sei also weder von dem neuen Offizierskorps noch von der neuen deutschen Armee die Gefahr einer politischen Umwälzung zu befürchten. Das Gespräch schloß dann an den Artikel an, der der Matin am 14. April über angebliche geheime Rüstungen Deutschlands veröffentlichte und dessen Enthüllungen durch Mitteilungen des tschechoslowakischen Politikers Proba unterstützt wurden. „Es ist natürlich richtig“, sagte der Minister, „daß wir jetzt im Osten große Truppenverbände mit den dazu gehörigen Artillerie- und Munitionsdepots unterhalten, aber wir haben ja noch keinen Frieden und müssen, da unsere Ökonomie immer noch schlaff ist, sie gegen feindliche Überfälle und gewalttätige Vorkommnisse schützen. Wenn die französische Regierung über den Umfang unserer Rüstungen nicht selbst unterrichtet ist, so könnte sie sich jederzeit bei ihren Verbündeten oder Herrn Wilson informieren, der sozusagen bis auf den letzten Mann weiß, was wir im Osten stehen haben. Weiter als Frankreich scheint auch Lloyd George die wahre Lage der deutschen Wehrkraft zu kennen, als er kürzlich im Unterhause äußerte, daß Deutschland kaum in der Lage sei, 80 000 Mann zur Aufrechterhaltung der politischen Ordnung auszubringen. Dies ist leider die Wahrheit und wir müssen erst wieder zu einem lebendigen Staatsgefüge kommen, wenn wir den toten Punkt unserer nationalen Verteidigungskraft überwinden wollen. Es ist deshalb ganz unnötig, wenn auch von drei Millionen Anhängern der monarchistischen Gegenrevolution spricht und damit dem Ausland graulich zu machen versucht.“

Die Unterredung wandte sich dann der inneren Lage zu. Der Minister hält die Gefahr des Bolschewismus militärisch für überwunden. Berlin sei durch genügendes Truppenaufgebot gesichert und seit der Auflösung der Soldatenwehr und der Volks-Marinedivision würden die Spartakistenführer die Hoffnung aufgegeben haben, die Reichshauptstadt in ihre Hand zu bekommen. Die Ereignisse in München stellten wohl den letzten ernstlichen Versuch der Anarchie dar, sich der Herrschaft zu bemächtigen. Wir haben, so schloß der Minister seine Ausführungen, alles getan, um in Deutschland die Ruhe aufrecht zu erhalten, ein geordnetes Staatswesen aufzubauen und damit die Grundlage zum Frieden und damit einer neuen Weltordnung zu schaffen. Aber alle unsere Arbeit ist vergebens, wenn wirtschaftliche Krisen und Verlehrsnot noch in letzter Stunde den Zusammenbruch herbeiführen.

Politische Streiks in Bremen.

II. Bremen, 26. April. (Drath.) Die Lage hat sich verschärft. Die Gasarbeiter streikten wieder allgemein und zwar auch diejenigen, die bisher noch arbeitswillig waren. Die Wasserleitung ist abgeperrt und auch die Lebensmittelversorgung ist noch unterbrochen. Der Streik ist rein politischer Natur. Er bezweckt den Sturz der jetzigen Bremer Regierung, die Entwaffnung der Stadtwehr, Bewaffnung der Arbeiter, Aufhebung des Belagerungszustandes usw.

Schlimme Lage in Bayern.

Berlin, 26. April. Ueber die Lage in München meldet der „Berl. Volksanzeiger“, daß Unruhen nur für Werhegewende der Spartakisten gebildet werden. Die Straßen liegen in diesem Schmutz. Die Läden sind geschlossen. Die Hauskinder, die als Vorwand zu Plünderungen und Erpressungen dienen, dauern an. Offiziere, die sich von den Spartakisten anwerben lassen, bekommen 15 000 Mark Geld und ein Monatsgehalt von 3000 Mark, Unteroffiziere 3000 Mark Handgeld und 1000 Mark Monatsgehalt.

Es wird befürchtet, daß am 1. 5. in Würzburg der Anschlag an die Kaiserrepublik in München proklamiert werden wird. Der „Vol. Anz.“ verbreitet eine Meldung des „Frankfurter Kuriers“, wonach Graf Arco, der Mörder, von Soldaten der Roten Garde getötet worden sei.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 28. April.

m. Musikverein. Da am Dienstag im Schützenhause ein Militärkonzert stattfand, muß die Chorprobe des Musikvereins schon heute, Montag, sein. Alle Damen und Herren mögen pünktlich 7,30 Uhr erscheinen.

m. Der Ortsausschuss der Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung für den Wahlbezirk Bocholt hat seine Tätigkeit seit einiger Zeit im vollen Umfange wieder aufgenommen. Obmann (Vorstand) ist der Fabrikant Albert Driegen und Geschäftsführer der Buchhalter Wilhelm von Delft, Verzeichnisse 758/27. Die Ortsausschüsse sind Unterorgane der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, sie dienen als Vermittler zwischen Arbeitgebern und versicherten Angestellten einerseits und der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte andererseits. In der Hauptsache sind ihnen die vorbereitenden Arbeiten bei der Feststellung von Renten- und Ruhegeldansprüchen usw. von der Reichsversicherungsanstalt übertragen worden. Im Falle Anträge auf Gewährung von Ruhegeld, Hinterbliebenenrenten, Beitragsrückzahlung oder eines Heilverfahrens zu stellen sind, so wolle man sich an den Geschäftsführer des hiesigen Bezirks wenden, der die Anträge in der vorchriftsmäßigen Weise bearbeitet und auch in sonstigen Versicherungsfragen jede Auskunft erteilt. Die Aufnahme der Anträge und sonstige Beratung geschieht kostenlos.

m. Reichsarbeitsrat der Bau- und Möbelschreiner. Am Freitag nachmittag fand im „Bürgertrug“ eine gut besuchte Versammlung der selbstständigen Bau- und Möbelschreiner des Kreises Borken statt. Zunächst war die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse Gegenstand eingehender Besprechung. Dann ging Herr Dr. Hammes des näheren auf den Entwurf des Reichsarbeitsvertrages und auf die Vorschläge des Rhein-Westfälischen Innungsverbandes zu dem Vertrage ein. Er forderte zu einem entschlossenen Einspruch gegen die schematischen und zentralistischen Lohnfestsetzungen für alle deutsche Orte auf. Es wurde nach kurzer Aussprache beschlossen, an die Geschäftsstelle Berlin des Reichsverbandes der Bau- und Möbelschreiner des Kreises Borken einen einstimmig mit dem vom Rhein-Westfälischen Innungsverband zum Reichsarbeitsvertrag gestellten Antrag einzuverleihen. Wir fordern nachdrücklich, daß die Lohnbildung der freien Selbstverwaltung der heimatischen Verbände in den Landestellen überlassen bleibt, weil bei der zentralistischen Lohnfestsetzung den tatsächlichen wirtschaftlichen Lebensverhältnissen der Heimat keine Rechnung getragen wird. Ferner wurde beschlossen, beim Rhein-Westfälischen Innungsverband vorstellig zu werden, daß bei den Lohnvereinbarungen im westfälischen Lohngebiete Vertreter der im Kreise bestehenden Berufsorganisationen hinzugezogen werden sollen.

* Kriegsgefangenenkomitee. Zum Wohle unserer heimkehrenden Kriegsgefangenen sind die „Dresdener Bank, Filiale Münster i. W.“ auf das Konto: „Kriegsgefangenenkomitee“ u. a. folgende Beiträge übermittelt worden: Generalkommando 7. A. R. 168 Mk., Militärbaubauamt 34 Mk., Lichtspielhaus, Salzstraße 250 Mk., Tonbildtheater, Ludgeristraße 200 Mk., Lehntrug, A. G. 57,90 Mk., Sammlung der Geisteskräfte 544 Mk., Bezirkskommando 156 Mk., Offiziere des Inf.-Regts. 13 500 Mk., Generalkommando 7. A. R. 500 Mk., Langfurth 204 Mk., Intendantur 7. A. R. 341,50 Mk., Proviantamt 7. A. R. 35 Mk., Bezirkskommando 33 Mk., Oberbaurat Clausen 30 Mk., Inspektion Gef.-Lager 7. A. R. 472 Mk., Gef.-Lager Münster 2 236 Mk., Oberst j. D. Böttler 50 Mk., Frau Reg.-Baumeister Böhner 100 Mk., Opfertag in Allenberge 185 Mk.,

* Telegrammprüfungsstelle. Beim Generalkommando des 7. Armee-Korps Münster gehen fortgesetzt noch Telegramme zur Prüfung und Weiterbeförderung ein. Es handelt sich meist um Telegramme, die für Formationen des Ostheeres bezw. deren Angehörige bestimmt sind. Beim Generalkommando befindet sich keine Telegrammprüfungsstelle mehr, wie es während des Krieges der Fall war. Auch die für Feldformationen bestimmten Telegramme bedürfen einer Prüfung nicht mehr und können bei jeder Postanstalt aufgegeben werden. Die Beförderung über das Generalkommando ist daher völlig zwecklos; es entstehen nur Zeitverlust und, da selten die richtigen Gebührenbeiträge beigefügt sind, unnötiger Schriftwechsel.

namen. Eine